

Tätigkeitsbericht 2019

Die Kommission Sucht und Drogen (KSD) erfuhr im Jahre 2019 nach unserer Kammerwahl personelle Veränderungen. Prof. Dr. Joachim Fauler schied auf eigenen Wunsch mit dem Ende der Legislaturperiode aus der Kommission aus. Wir können ihm nur herzlich danken für seinen Einsatz in den vergangenen Jahren und bedauern seinen Rückzug. Neu berufen wurden Dr. Theresa Glöckler, Dr. Peter Grampp und Dr. Wilfried Schöne. Die übrigen Mitglieder arbeiten weiter mit. Im Herbst wurde zum Vorsitzenden der Kommission Sucht und Drogen erneut Dr. Frank Härtel gewählt. Die Stellvertreterfunktion hat Dr. Michael Waizmann inne.

Inhaltlich konnte die Arbeit kontinuierlich fortgesetzt werden, wobei aktuellen Veränderungen Rechnung getragen wurde. Insgesamt fanden 2019 drei Sitzungen der Kommission Sucht und Drogen statt.

Die Cannabisproblematik nahm erneut breiten Raum ein, wobei die aktuelle Lage von der Kommission Sucht und Drogen – wie auch von unserem Präsidenten – kritisch gesehen wird wegen der sich verschlechternden epidemiologischen Lage, die insbesondere nicht nur junge Erwachsene, sondern auch Kinder und Jugendliche in steigendem Maße betrifft. Für die Verordnung von Cannabis zu medizinischen Zwecken gibt es keine rechtfertigenden wissenschaftlich erstrangigen oder sicher begründeten Ergebnisse, aber viele Folgeerkrankungen und Therapieversager. Genau diese Enttäuschungen übertriebener Hoffnungen waren von der Kommission Sucht und Drogen, nicht zuletzt nach Kenntnis der CaPRis-Studie, prognostiziert worden. Hinzu kommt die riskante Beeinträchtigung des Fahrverhaltens im Straßenverkehr, auch bei medizinisch verordnetem Cannabis und Derivaten. Die Kommission Sucht und Drogen sprach sich einstimmig für die strikte Trennung von Cannabisanwendung und dem Führen eines Kraftfahrzeuges aus. Auch der anerkannte Grenzwert von 1,0 ng/ml Serum von THC schließt negative Beeinflussung des Fahrverhaltens nicht aus und kann deshalb keine Richtschnur sein. Auch ist pharmakologisch, physiologisch und pathophysiologisch nicht zu erklären, wieso ärztliche Verordnung giftiger Drogen immanente Schadwirkungen zum Positiven veredeln sollte. Von der Kommission wird auch jedwede weitere Entwicklung in Richtung Freigabe von Cannabis und Cannabisprodukten strikt abgelehnt. Es wird immer ein Durchsickern bis zu Kindern und Jugendlichen geben und deren positive Entwicklung kosten. Das Risiko kann unserer Gesellschaft nicht zugemutet werden.

Hohe Aufmerksamkeit wird der Entwicklung auf dem Sektor der neuen psychoaktiven Substanzen (NPS) zukommen. Die dort vorhandenen neuen Cannabinoide sind bis zu 100-fach wirksamer. Sie etablieren sich als neue Angebote der Drogenmafia, auch wenn Todesfälle durch sie belegt sind. Die Kommission sucht nach praktikablen Nachweismethoden dieser psychoaktiven Substanzen zur Unterstützung der Suchtmedizin in Klinik und Ambulanz.

Die Epidemiologie des Konsums und der Abhängigkeit von Methamphetamin lässt aktuell einen Rückgang der Fallzahlen erkennen, insbesondere seit repressive Ansätze von der Staatsregierung stärker einbezogen wurden. Damit hat sich die Lage auf dem diagnostischen und therapeutischen Sektor für Methamphetaminabhängige aber noch nicht ausreichend verbessert. Wie wir aus den Einrichtungen der sächsischen Suchtmedizin

wissen, genügte die zweifellos positive Wirkungen entfaltende S3 **Leitlinie „Methamphetaminbezogene Störungen“** nicht allen praxisrelevanten Anforderungen. Das betrifft zum Beispiel Ausprägung und Art der Kognitionsdefizite und ihre Dauer bei mangelhaften Restitutionschancen, die toxischen Folgen für ungeborene Kinder konsumierender Mütter, der toxische Persönlichkeitsabbau, die schwerwiegenden sozialen Folgeschäden, die verlängerte Therapiedauer und ihr Setting. Unter Berücksichtigung dieser Erkenntnisse haben wir ein Arbeitspapier zur Verbesserung der Leitlinie erstellt und mit Unterstützung unseres Präsidenten dem zuständigen Ausschuss der Bundesärztekammer zugeleitet, nachdem vorherige Kontakte mit dem Suchtausschuss der Bundesdirektorenkonferenz die von uns gesehenen Mängel bestätigten. Das wird uns auch 2020 beschäftigen.

Wie bereits in den Vorjahren von uns angeregt, fand am 8.5.2019 wieder eine gemeinsame Tagung unter dem **Thema „Psychiater und Betreuungsrichter im Dialog über Unterbringungen in psychiatrischen Kliniken“** in der Kammer statt. Es hatten sich zwischenzeitlich neue, höchststrichterlich veranlasste Komplizierungen bei der Durchführung **von Fixierungen (sogenannte 30'-Regel)** ergeben, die sowohl Psychiater als auch die Richter vor nennenswerte weitere Probleme stellen und die klinische Psychiatrie und die Behandlungsqualität der Patienten einschneidend belasten. Durch die Unterstützung unserer Rechtsabteilung konnte zusammen mit dem Staatsministerium für Justiz und Referenten von juristischer und psychiatrischer Seite eine gelungene Veranstaltung stattfinden, die nicht nur aktuelle Vorträge, sondern auch rege Diskussionen in Arbeitsgruppen ermöglichte. **2020 werden in unserem „Ärzteblatt Sachsen“** die Vorträge etabliert veröffentlicht und die Veranstaltungsreihe im Herbst in der Kammer fortgesetzt. Es ist unbedingt notwendig, eine praxisnahe Lösung zu finden, Wahnkranke nicht mit den juristisch vorgesehenen Überzeugungsversuchen zur freiwilligen Behandlungszustimmung die essenziell nötige Pharmakotherapie vorzuenthalten und sie noch in tiefere psychische Not und iatrogene Schädigung zu treiben. Wahn beugt sich Tatsachen nicht, seine Behandlung ist vital wichtig.

Mit Sorge musste die Kommission Sucht und Drogen außerdem feststellen, dass pathophysiologisch und psychopathologisch gut begründetes suchtmmedizinisches Wissen häufig vernachlässigt wird für eine letztlich Chronifizierung bewirkende, trügerische Individualisierung der Therapie oder für eine imaginierte Freiheit des Suchtkranken, über die dieser in seinen Krankheitsfolgen schon lange nicht mehr verfügt.

Ein weiteres Konfliktfeld entstand durch die neuen Personalbemessungen in der Psychiatrie und Psychosomatik, die auch die Suchtmmedizin betreffen. Es wird bei mehr Aufwand für Dokumentation und Bürokratie – auch bei Unterbringungen – zukünftig weniger Personal für immer kompliziertere Fälle zur Verfügung stehen. Psychiatrie, Suchtmmedizin und Psychosomatik verzeichnen einen eklatanten Personalmangel in allen Berufsgruppen. Nachwuchs ist nicht in Sicht.

Der Kommission Sucht und Drogen werden die herausfordernden Aufgaben nicht ausgehen. Wir stellen uns dem!

Dr. Frank Härtel, Zwickau, Vorsitzender
(veröffentlicht in der Broschüre „Tätigkeitsbericht 2019“)